



ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage der Fraktion Freie Demokraten gemäß § 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 2 Buchst. a) der GeschO
Hier: "Brennbare Fassaden"

Beratungsfolge:

04.07.2017 Stadtentwicklungsausschuss

Anfragetext:

Hiermit bitten wir die Verwaltung um Beantwortung der folgenden Fragen gem. §5 GeschO:

1. Wurden in Konsequenz der Brandkatastrophe von London in Hagen befindliche Hochhäuser über 22 Meter Höhe erneut auf Einhaltung der Brandschutzvorschriften untersucht bzw. ist eine solche Untersuchung geplant?
2. Falls bereits eine Untersuchung stattgefunden hat: Welche Ergebnisse hat diese ergeben?
3. Gibt es Erkenntnisse, wie viele Gebäude unter 22 Meter Höhe in Hagen mit brennbaren Dämmstoffen und Fassadenelementen ausgestattet sind?
4. Werden solche Gebäude einer neuen Untersuchung unterzogen, bspw. wenn die Rettungswege wie bei dem in Wuppertal betroffenen Gebäude über die Fassade führen?
5. Welche weiteren grundsätzlichen Konsequenzen bzw. Notwendigkeiten sieht die Hagener Feuerwehr in Reaktion auf die aktuellen Entwicklungen?



Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Die Brandkatastrophe im Londoner Grenfell Tower hat eine weitreichende Diskussion über den Brandschutz in Hochhäusern aber auch generell über die Nutzung moderner Verbundfassaden ausgelöst. Zwar dürfen in Deutschland ab einer Gebäudehöhe von 22 Meter nur nichtbrennbare Dämmungen und Fassadenelemente eingesetzt werden, allerdings besteht auch bei niedrigeren Häusern eine große Gefahr, insbesondere wenn bspw. Rettungswege verstellt sind oder die Brandmeldeanlagen veraltet oder nicht funktionsfähig sind. Viele Städte haben deswegen bereits weitreichende Überprüfungen eingeleitet. Am 27. Juni ließ die Stadt Wuppertal ein Gebäude evakuieren, dass mit brennbaren Fassadenelementen ausgestattet ist und weitere gravierende Mängel beim Brandschutz aufweist. Andere Gebäude sollen ggf. ebenfalls betroffen sein und werden momentan untersucht. Da der Hagener Baubestand ähnliche Wohnhäuser aufweist, sehen wir die Anfrage als dringlich an.

Anlage: Antrag der FDP Fraktion